

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verlag: Neumann, Neudamm  
Redaktion: Dresden, Neudamm

Bezugsgebühr bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 Mk. (einschl. Porto)  
Bei Einzelbestellung 30 Pf. (einschl. Porto)

Druck u. Verlag: Neumann, Neudamm  
Redaktion: Dresden, Neudamm

## Die neuen Dresdner Steuern bewilligt

### Einführung der Ragen-, Getränke- und Musikinstrumentensteuer, Erhöhung der Hundesteuer

Die Gemeindefam. hat in ihrer Sitzung am 27. Oktober in einer Anzahl von Fällen über die Festsetzung des Haushaltsplans für das laufende Rechnungsjahr entschieden. Darüber wird von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei folgendes mitgeteilt:

Es war insbesondere über den Haushaltsplan von Dresden eine erhebliche Zahl von Meinungsverschiedenheiten entstanden, die die Gemeindefam. mit Rücksicht auf die unbedingte Notwendigkeit, die gemeindefam. Haushaltspläne soweit wie irgend möglich auszugleichen, im Sinne des Statuts entschieden hat. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch in Großstädten bei Aufgaben, die freiwillig übernommen worden seien, auf das peinlichste gespart werden müsse, und daß auch vor der Erhebung oder Erhöhung von Steuern nicht zurückgeschreckt werden dürfe, die unter normalen Verhältnissen den Grundbesitzern einer guten Steuerpolitik nicht entsprächen. Aus diesem Grunde ersuchte die Gemeindefam. auch die Zustimmung der Stadtverordneten zur Einführung der Ragen-, Getränke-, Musikinstrumenten- und zur Erhöhung der Hundesteuer.

Bei der Ragensteuer wurde eine Milderung insofern vorgenommen, als bei Erwerbshäusern, die auf das Halten von Ragen angewiesen sind, auf Antrag Steuererläß für eine Ragen gewährt werden muß; bei der Musikinstrumentensteuer wurden die Sätze, die die Stadt früher erhoben hat, — und zwar gestaffelt nach Klavieren usw. einerseits und Grammophon usw. andererseits — bestimmt und bei der Hundesteuererhöhung wurde festgesetzt, daß diese Erhöhung nicht mit Wirkung von Anfang des Rechnungsjahres an, sondern erst vom 1. Oktober an zu gelten habe. Die Musikinstrumentensteuer soll nur für das laufende Rechnungsjahr in Wirksamkeit bleiben.

Eine Mittelstadt wollte ein Ortsgesetz über Schul- und Wohlfahrtsbeiträge der Kinder erlassen; dies wurde als mit dem Reichsrecht unvereinbar bezeichnet. Wie schon in verschiedenen Fällen wurde die zur gemeinsamen Verwaltung zweier kleiner Gemeinden durch einen Bürgermeister notwendige Ausnahmewilligung bewilligt. Schließlich wurden einige Verbandshandlungen genehmigt, in mehreren Fällen die Zuschlagssteuer zur Grund- und Gewerbesteuer auf 150 v. H. der Staatssteuerbeträge für notwendig gehalten und die Einführung der Ragensteuer — außer für Dresden — auch für zwei andere Mittelstädte gebilligt.

Nun ist es entschieden! Die Dresdner Bevölkerung muß doch die bittere Pille der neuen Steuern schlucken! Gegen

die Entscheidung der Gemeindefam. gibt es keine Revisionsmöglichkeit mehr. Nur für die Musikliebhaber ist die Pille insofern etwas verflüchtigt worden, als die Musikinstrumentensteuer nach den früheren, etwas niedrigeren Sätzen erhoben werden soll. Sie wird für Klaviere, Flügel usw. 12 Mark und für Grammophone 9 Mark betragen, also nicht 18 Mark für alle Instrumente, wie der Rat beschlossen hatte. Rundfunk und Lautsprecher werden nicht besteuert. Die Ragensteuer beträgt 18 Mark für die erste und 30 Mark für jede weitere Ragen. Die Hundesteuer wird auf 60 Mark für den ersten Hund, 30 Mark für den zweiten und 120 Mark für jeden weiteren Hund erhöht. Jetzt belaufen sich die Sätze auf 48, 72 und 96 Mark. Ohne die Getränkesteuer würde der voraussichtliche Mehrertrag der Steuern auf 480 000 Mark geschätzt, allerdings unter Berücksichtigung der erhöhten Sätze der Musikinstrumentensteuer, die von der Gemeindefam. abgelehnt worden sind.

Die Dresdner Bürgerschaft wird sich bei diesen Steuern — und das ist das besonders Schmerzhafte an ihnen — sagen müssen, daß sie hätten vermeiden können, wenn die Finanzverwaltung der Stadt, die sich bekanntlich in sozialdemokratischen Händen befindet, seit Jahren, fast eine enorme Schuldenpolitik zu treiben, gespart hätte, wie sie es jetzt trotz der neuen Steuern tut. Der Erfolg dieser Schuldenpolitik hat sich, wie hier wiederholt betont wurde, einmal in einer jährlichen Zinslast von über 30 Millionen gezeigt, und zum anderen in nutzlosen Anlagen, deren Umwertung, wie beim Pumpenwerkwerk Niederwartha, oder deren Unzeitgemäßheit, wie der Bau der Radiker Brücke oder des Speichers, selbst vom Bürgermeister Dr. Bürger mit dem freilich milden Wort „Fehlbeschlüsse“ gekennzeichnet wurde. Hieran wird die Dresdner Bürgerschaft zu denken haben, wenn sie jetzt zur Zahlung von Steuern gezwungen wird, die alle Kennzeichen der sozialen Härte und der Ungerechtigkeit tragen, ja, wie die Musikinstrumentensteuer, für viele ärmere Einwohner eine trübe Quelle der Beeinträchtigung der großen Lebensfreude sowie eine weitere Schädigung der Wirtschaft bedeuten. Auch die Getränkesteuer wird eingeführt, trotzdem die beteiligten Fachkreise immer wieder darauf hingewiesen haben, daß die Einhebung mit außerordentlich großen Schwierigkeiten verbunden sei. Für die Stadtverwaltung sollten diese unglücklichen, wenig Erfolg versprechenden und allen Grundbesitzern der Finanzpolitik hochsprühenden Steuern eine ganz ernste Mahnung sein, die Wege, die zu solchen grotesken Steuern geführt haben, einer genauen Überprüfung zu unterziehen und Sorge dafür zu tragen, daß der Staatsschatz nicht durch eine ungeschickte Schuldenpolitik, die ihre Ursache in einem ungeschickten Optimismus über den kommenden Finanzausgleich und in Maßnahmen hat, die sich von vornherein als wirtschaftliche Fehlbeschlüsse erweisen mußten.

Ueber die Bürgersteuer hat nicht die Gemeindefam., sondern das Ministerium des Innern zu befinden. Die Entscheidung dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

### Mussolinis neue Parole

Der römische Diktator ist nicht gerade verschwenderisch mit seinen Reden. Aber wenn er das Wort ergreift, dann hat er etwas zu sagen. So auch diesmal in seiner großen außenpolitischen Rede vor den faschistischen Verbänden. Sie ist ganz deutlich an drei Adressen gerichtet: an das italienische Volk im ersten Teil, an Frankreich im zweiten und an den ihm freundlich gesinnten Teil Europas im letzten. In den feurigen Mahnungen an die Italiener klingt nichts von der Resignation, die man Mussolini seit einiger Zeit in der antifaschistischen Presse nachsagt. Weil er in einer vorübergehenden Rede die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Italien anerkannt und ihre Schwierigkeiten zugegeben hatte, war ihm diese Offenheit als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt worden. Auch der Faschismus kann keine Wunder wirken, triumphierten die demokratischen Gazetten, er wird in seinem Mutterland schon altersschwach und müde, er sucht Anschluss an andere Gruppen, um die schwankende Grundlage seiner Macht zu befestigen. Man findet für solche Kassandraneurien keine Bestätigung in dem neuesten Ausruf Mussolinis an seine Getreuen. Man muß im Gegenteil den Eindruck gewinnen, daß die offensivste Kraft des Faschismus, seine geistige und materielle Potenz, ungebunden an die neuen Aufgaben herangeht, die der Duce vorgezeichnet hat.

Das hat man vor allem in Frankreich gemerkt. Den Franzosen gegenüber bedeutet die neue Rede Mussolinis die geradlinige Fortsetzung der Reden von Mailand, Vloorno und Florenz und zugleich die öffentliche Kundgebung der bisher geheimgehaltenen Richtlinien, die der Große Faschistenrat für die italienische Außenpolitik der Zukunft aufgestellt hat: Schluß mit den zwecklosen Palavern, die zu keinem Ziele führen, offene Machtpolitik gegen getarnte Gegenmaßnahmen, Zusammenfassung aller Widerstandskräfte gegen heimliche Rüstungen. Welch billige Fronte gegen Irland, wenn Mussolini sagt: „Wenn das Wort genügen wird, um die Beziehungen der Völker zu regeln, werde ich sagen, daß das Wort göttlich ist“. Bis dahin aber bleibt es dabei, daß die Kanonen, die Irland einst abzuschaffen versprochen, als er in Genf ausrief: „Weg mit den Geschützen, weg mit den Maschinengewehren“, schmer sind als die schönsten leeren Worte, solange es eben noch Kanonen gibt. Und dann folgt eine Formulierung des Revisions- und Abbruchsverlangens, wie sie in dieser Schärfe und Klarheit aus dem Munde eines „Siegers“ noch nicht da gewesen ist. „Sinnlos ist nur die Behauptung von der Unbeweglichkeit der Verträge.“ Und die wahren Völkerbündnisse sind diejenigen, die für alle Ewigkeit zwei Kategorien von Staaten schaffen wollen, bewaffnete und unbewaffnete. Das ist Wort für Wort die deutsche These. Der Umstand, daß Italien sie sich offiziell zu eigen macht, gewinnt eine erhöhte Bedeutung im Hinblick auf die neue Abrüstungsvorlesung, die am 6. November in Genf wieder ihre Debatten eröffnen soll.

Das hat auch die französische Presse bemerkt, die recht bitter reagiert. Das Generalkorrespondent „Echo de Paris“ meint, das Wesentliche an der Rede Mussolinis sei die Forderung Italiens nach Vertragsrevision und die Betonung des italienischen Dranges nach Osten. Alles andere sei nur rednerisches Beiwerk. Zwischen Frankreich und Italien sei seit langem ein Alpdruck entstanden, den die Diplomaten nicht lange überbrücken würden. „Petit Journal“ schreibt, Mussolini wolle eine Revision der Verträge zugunsten der Besiegten, vor allem aber auch zugunsten Italiens. Nicht nur in Frankreich, sondern in den meisten Ländern (?) sei man der Ansicht, daß Europa bei einem solchen Abenteuer nichts zu gewinnen hätte, sondern im Gegenteil vieles auf Spiel setzen würde. Die „Republique“ deutet an, daß vor Mussolinis Rede die französisch-italienischen Anleiheverhandlungen gescheitert seien. Mussolini habe vor seiner Drohung mit allen demagogischen Mitteln ver sucht, von der französischen Regierung finanzielle Beistand zu erreichen. Die französische Regierung sei auf seine Koanzen nicht eingegangen. Deshalb wende sich Mussolini jetzt mit besonderer Heftigkeit gegen Frankreich. „Avenir“ meint, wenn Italien glaube, daß es bei Friedensschluß nicht den ihm gebührenden Lohn erhalten habe, müsse es doch eigentlich das übertriebene Wohlwollen (!) bedauern, mit dem die Alliierten Deutschland behandelt hätten. Statt dessen wende sich Italien gegen Frankreich. Man müsse Mussolini mit gleicher Klarheit antworten. Frankreich wolle keine Revision. In dieser Tonart voll Vorwürfen gegen den Faschismus als den „Feind des Friedens“, des Versailles-Friedens nämlich, geht es weiter von rechts bis links.

Man versteht diese Pariser Klagestübe um so mehr, als aus Mussolinis Worten auch der Entschluß zu neuen, aktiveren und verbesserten Methoden seiner Außenpolitik hervorgeht. Für ihn heißt das ganze Durcheinander in Europa ganz einfach ein Kampf für und gegen den Faschismus dar. Er glaubt in seinem Regierungssystem die neue Staatsform gefunden zu haben, die stark und hoffnungsvoll genug ist, um die dahinkommende Demokratie abzulösen. Aber, wo die

## Deutsche Bauernnot in Ostpreußen

### Erschütternde Zahlen im Königsberger Prozeß

Königsberg, 28. Okt. Im Königsberger Bauernprozeß wurde Präsident Dr. Brandes als Sachverständiger vernommen. Im ersten Quartal 1930, so führte er aus, wären in Ostpreußen 185 Grundstücke mit insgesamt 11500 Hektar versteigert worden, dagegen im gesamten Reich 448 Grundstücke mit 84 000 Hektar. Aus dieser Rechnung ergebe sich, daß Ostpreußen an der Gesamtzahl der Versteigerungen mit einem außerordentlichen Prozentsatz beteiligt wäre. In Ostpreußen wären ferner

in der Zeit vom Januar bis August 1930 428 Grundstücke mit 25 000 Hektar versteigert worden.

Das Bild der Zwangsversteigerungen wäre nicht zutreffend, da die Gläubiger heute vielfach nicht zugriffen, um nicht alles zu verlieren. „Ich habe“, so führte Dr. Brandes aus, „vor geraumer Zeit gemerkt — ich glaube, es gibt keine Stelle, an der ich es nicht tat —, zuzulassen, daß die Bauern verzweifelt von Haus und Hof gelagert werden. Staatsmittel haben durch die Unmöglichkeit des Verkaufens, das viel einfacher hätte sein können, und durch den Geldmangel an Wirksamkeit verloren. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Lage andauert, dies nicht der letzte Prozeß sein wird.“

70 Prozent aller Betriebe arbeiten mit Unterbillung. Dabei sind eigene Arbeitskräfte und niedriger Lebensunterhalt anzunehmen. Die Bauern sind verzweifelt, und es ist möglich, daß neue Explosionen folgen. Weiterhin äußerte sich Präsident Brandes über die Rentabilität in der ostpreussischen Landwirtschaft. Gegenüber den Agrarereignissen betrage der Index für die Betriebsmittel 111 Prozent, der Lebensindex 137 Prozent.

Professor Vau (Universität Königsberg) erklärte dann, über die Höhe der Mittel, die Reich und Staat für Ostpreußen

zur Verfügung gestellt hätten, könne er nichts sagen. In Berlin bestände nicht immer genügendes Verständnis für Ostpreußen. Nach Lage der Finanzen wäre das möglichste geschehen. Ob es immer richtig war, wage er nicht zu sagen. Präsident Dr. Brandes äußerte sich dann noch über die Lage der gewerblichen Betriebe, die infolge der schlechten Lage der Landwirtschaft genau so schlimm wäre. Das Landesfinanzamt berechnete die Gesamtverschuldung am 1. Januar 1927 mit 702 Millionen, am 1. Januar 1928 mit 884 Millionen, am 1. Januar 1929 mit 1000 Millionen Mark.

### Schacht in Chicago: Fort mit den Eributen!

New York, 28. Okt. Dr. Schacht, der auf seiner Rundreise durch Amerika nunmehr in Chicago eingetroffen ist, hielt in der Universität von Chicago einen aufsehenerregenden Vortrag, in dem er die Reparationsfrage eingehend behandelte.

Dr. Schacht betonte, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten direkt auf die Wirtschaftslage in Deutschland zurückzuführen sei.

Die Wirtschaftskrise habe ihre Ursache in der derzeitigen Reparationsregelung. Die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft habe sich auch auf die anderen europäischen Länder ausgebreitet und so endlich auch Amerika erfaßt. Dr. Schacht wies unter anderem darauf hin, daß Deutschland bis an die Grenzen des Möglichen besteuert sei, und daß eine weitere Besteuerung, um die Reparationen bezahlen zu können, Deutschlands Wirtschaft auf das schwerste gefährden würde.

Da das unmöglich sei, forderte Schacht eindeutig die Abschaffung der Reparationszahlungen.

Nur die Beseitigung der gegenwärtigen Reparationslastung sei geeignet, die Heilung der Weltwirtschaft herbeizuführen.